

U n t e r r i c h t u n g

durch den Präsidenten des Landtags

Durchführung des Fraktionsgesetzes Rheinland-Pfalz

hier: Veröffentlichung des abschließenden Berichts des Rechnungshofs Rheinland-Pfalz über die Prüfung von Geld- und Sachleistungen an die Fraktionen des Landtags Rheinland-Pfalz

– Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen in den Haushaltsjahren 2000 und 2001 –

Auszug aus dem Schreiben des Präsidenten des Rechnungshofs Rheinland-Pfalz vom 12. Januar 2005 an den Präsidenten des Landtags:

„Der Rechnungshof hat nach § 5 des Landesgesetzes zur Rechtsstellung und Finanzierung der Fraktionen (Fraktionsgesetz Rheinland-Pfalz) die Verwendung von Geld- und Sachleistungen durch die Fraktionen des Landtags – Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen in den Haushaltsjahren 2000 und 2001 – geprüft. Alle Fraktionen haben von der Möglichkeit des § 5 Abs. 4 Satz 3 des Fraktionsgesetzes – Besprechung des Entwurfs des abschließenden Berichts im Ältestenrat des Landtags – keinen Gebrauch gemacht.“

Nach § 7 des Fraktionsgesetzes veröffentlicht der Präsident des Landtags den abschließenden Bericht des Rechnungshofs einschließlich der Stellungnahmen der Fraktionen des Landtags Rheinland-Pfalz als Landtagsdrucksache.

Mit Schreiben vom 20. Januar 2005 wurden die Fraktionen von der Möglichkeit, zum Bericht des Rechnungshofs Stellung zu nehmen, informiert. Alle Fraktionen haben zwischenzeitlich mitgeteilt, dass sie von diesem Recht keinen Gebrauch machen.

Der Bericht des Rechnungshofs ist im Folgenden abgedruckt.

Christoph Grimm
Präsident des Landtags

Abschließender Bericht

über die Prüfung von Geld- und Sachleistungen an die Fraktionen des Landtags Rheinland-Pfalz
– Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen in den Haushaltsjahren 2000 und 2001 –

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Allgemeines	3
1.1 Gegenstand und Umfang der Prüfung	3
1.2 Ablauf der Prüfung	3
2. Haushaltswirtschaft	3
2.1 Haushaltsplanung	3
2.2 Rechnungslegung	4
2.3 Rücklagen	4
2.4 Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen	5
3. Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit	6
3.1 Informationsschreiben der SPD-Fraktion	6
3.2 Pressearbeit von Fraktion und Landesverband	6
3.3 Vordrucke für den Pressedienst von Fraktion und Landesverband	6
3.4 Gemeinsame Publikationen von Fraktion und Landesverband	7
3.5 Pressemitteilungen der Fraktionen	7
3.6 Veröffentlichungen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den GARRP-Mitgliederrundbriefen „FORUM KOMMUNAL“	8
3.7 Präsentation der CDU-Fraktion im Internet	8
3.8 Anzeigen in Zeitschriften	8
3.9 Beschaffung von Wahlprogrammen	8
3.10 Bewirtungskosten	8
3.11 Personalausgaben für einen Bediensteten des SPD-Landesverbands	9
4. Ausgaben für Veranstaltungen	9
4.1 Kreisbereisungen	9
4.2 Öffentliche Fraktionsveranstaltungen	9
4.3 Auswärtige Sitzungen, Fraktionsreise	10
4.4 Veranstaltungen der Fraktionen	10
4.5 Teilnahme an Veranstaltungen	10
4.6 Organisatorisches	10
4.7 Veranstaltungen am Wahlabend	11

Anlagenverzeichnis

Anlage 1 Rechnungslegung der Fraktionen in den Jahren 2000 und 2001

Anlage 2 Ausgaben der Fraktionen für Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen in den Jahren 2000 und 2001

1. Allgemeines

1.1 Gegenstand und Umfang der Prüfung

Der Rechnungshof hat die Ausgaben der Fraktionen für Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen¹⁾ in den Jahren 2000 und 2001 geprüft. Die in den Fraktionsrechnungen ausgewiesenen Ausgaben für Veranstaltungen wurden nur geprüft, soweit diese öffentlichkeitswirksam waren. Es wurde geprüft, ob die den Fraktionen nach § 2 Fraktionsgesetz gewährten Geld- und Sachleistungen bestimmungsgemäß verwendet worden sind. Die Prüfung erstreckte sich darüber hinaus auch auf die Haushaltsplanung, die Rechnungslegung und die Bildung von Rücklagen.

Der Rechnungshof hat die Prüfung auf der Grundlage des § 5 Abs. 1 Fraktionsgesetz, des Urteils des Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz vom 19. August 2002²⁾ und der im Einvernehmen mit den Fraktionen erarbeiteten Kriterien³⁾ zur Abgrenzung der nach dem Fraktionsgesetz zulässigen Öffentlichkeitsarbeit zur unzulässigen Wahlwerbung und zur Parteiarbeit durchgeführt. Bei der Prüfung wurde der Rechtsstellung und den Aufgaben der Fraktionen Rechnung getragen und der politische Ermessensspielraum der Fraktionen beachtet.

1.2 Ablauf der Prüfung

Die örtlichen Erhebungen bei den Fraktionen fanden zwischen Februar und September 2003 (mit Unterbrechungen) statt. Im Anschluss daran erhielten die Fraktionen im Rahmen von Schlussbesprechungen Gelegenheit, sich zu den Sachverhalten zu äußern⁴⁾.

Wesentliche Erklärungen wurden in den vertraulichen Prüfungsmitteilungen vom 17. März 2004 berücksichtigt, die den Fraktionen zur Äußerung zugeleitet wurden (§ 5 Abs. 4 Satz 1 Fraktionsgesetz).

Die Fraktionen haben sich dazu zwischen April und November 2004 in mehreren Schreiben⁵⁾ geäußert.

Eine Besprechung des Entwurfs des abschließenden Berichts im Ältestenrat des Landtags gemäß § 5 Abs. 4 Fraktionsgesetz wurde von den Fraktionen nicht beantragt.

In dem abschließenden Bericht wird auf die wesentlichen Erklärungen der Fraktionen eingegangen. Feststellungen von geringerer Bedeutung, von denen nach den Ergebnissen der Schlussbesprechungen sowie nach Auswertung der schriftlichen Äußerungen der Fraktionen erwartet werden kann, dass sie künftig beachtet werden, wurden in den abschließenden Bericht nicht aufgenommen.

2. Haushaltswirtschaft

2.1 Haushaltsplanung

Die SPD-, CDU- und FDP-Fraktion haben ihre Haushaltspläne für das gesamte Jahr 2001 erstellt, ohne dabei zu beachten, dass in Wahljahren eine Abgrenzung zwischen den Wahlperioden⁶⁾ erforderlich ist (§ 4 Abs. 2 Fraktionsgesetz).

Die Fraktionen haben zugesagt, künftig eine Abgrenzung vorzunehmen.

1) § 4 Abs. 3 Nr. 2 Buchst. e und f Fraktionsgesetz Rheinland-Pfalz vom 21. Dezember 1993 (GVBl. S. 642), zuletzt geändert durch Gesetz vom 3. Februar 2004 (GVBl. S. 50).

2) VGH O 3/02.

3) „Abgrenzung der Öffentlichkeitsarbeit der Fraktionen zur Wahlwerbung“ vom 23. Mai 2000, ergänzt am 31. Mai 2000 (Drucksache 13/6317, S. 16 ff.).

4) Die Schlussbesprechungen fanden am 17. September 2003 (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), 8. Oktober 2003 (FDP-Fraktion), 13. November 2003 (SPD-Fraktion) und 4. Dezember 2003 (CDU-Fraktion) statt.

5) Vom 20. April 2004 (SPD-Fraktion), vom 9. Juli, 30. September und 8. November 2004 (CDU-Fraktion), vom 15. und 28. Juni und 3. November 2004 (FDP-Fraktion) und vom 1. Juni, 20. Juli und 5. November 2004 (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Zu den Äußerungen der SPD- und der CDU-Fraktion hat der Rechnungshof mit Schreiben vom 24. Mai und 20. Juli 2004 Stellung genommen.

6) Die 13. Wahlperiode endete am 17. Mai 2001, die 14. Wahlperiode begann am 18. Mai 2001.

2.2 Rechnungslegung

Die Fraktionen haben für das Jahr 2000⁷⁾ und bis zum 17. Mai 2001⁸⁾, dem Ende der 13. Wahlperiode, Rechnung gelegt (§ 4 Abs. 1 und 2 Fraktionsgesetz). Die CDU- und FDP-Fraktion sowie die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben in einer weiteren Rechnung für den die 14. Wahlperiode betreffenden Zeitraum des Jahres 2001 Nachweis über ihre Einnahmen und Ausgaben geführt; die Rechnung der SPD-Fraktion erstreckte sich auf das gesamte Jahr 2001⁹⁾ (Anlage 1).

Die unterschiedlichen Rechnungslegungszeiträume erschweren Vergleiche zwischen den jeweiligen Einnahmen und Ausgaben der Fraktionen.

In den veröffentlichten Rechnungen der CDU-Fraktion waren Differenzen festzustellen. Sie wurden von der Fraktion im Prüfungsverfahren aufgeklärt.

2.3 Rücklagen

Die SPD-Fraktion verfügte zu Beginn des Jahres 2000 über ein Geldvermögen von 244 054,66 DM¹⁰⁾ (124 783,17 €), das sich am Ende des Jahres 2000 auf 107 654,45 DM¹¹⁾ (55 042,85 €) verringerte. Bis zum Ende des Jahres 2001 stieg das Geldvermögen auf 173 885,74 DM¹¹⁾ (88 906,37 €) an. In Höhe des Geldvermögens waren Rücklagen gebildet.

Die CDU-Fraktion verfügte zu Beginn des Jahres 2000 über ein Geldvermögen von 162 936,57 DM¹²⁾ (83 308,15 €), das sich zum Ende des Jahres 2000 auf 213 902,30 DM (109 366,51 €) erhöhte. Am Ende der 13. Wahlperiode hatte die Fraktion ein Geldvermögen von 139 828,51 DM (71 493,18 €), das bis zum Ende des Jahres 2001 auf 522 850,07 DM (267 329,00 €) anstieg.

Von dem Geldvermögen waren folgende Teilbeträge als Rücklagen ausgewiesen:

	Geldvermögen	Rücklagen
31. Dezember 2000	213 902,30 DM (109 366,51 €)	75 000,00 DM (38 346,89 €)
17. Mai 2001	139 828,51 DM (71 493,18 €)	75 000,00 DM (38 346,89 €)
31. Dezember 2001	522 850,07 DM (267 329,00 €)	201 163,93 DM (102 853,48 €)

Als Verwendungszwecke der Rücklagen waren in den Jahresrechnungen fünf verschiedene Ausgabearten genannt, ohne dass diesen konkrete Beträge zugewiesen waren. Stattdessen war ein Hinweis angebracht, dass die Rücklagen für die einzelnen Bereiche gegenseitig deckungsfähig sein sollen. Für Geldmittel, die sich am Jahresende 2001 auf mehr als 320 000 DM (rund 160 000 €) beliefen, war ein Verwendungszweck nicht bestimmt.

Die FDP-Fraktion verfügte zu Beginn des Jahres 2000 über ein Geldvermögen von 580 169,41 DM¹³⁾ (296 635,91 €), das sich zum Ende des Jahres 2000 auf 653 921,49 DM (334 344,75 €) erhöhte. Am Ende der 13. Wahlperiode hatte die Fraktion ein Geldvermögen von 671 234,73 DM (343 196,87 €), das bis zum Ende des Jahres 2001 auf 757 829,60 DM (387 472,12 €) anstieg.

Von dem Geldvermögen waren folgende Teilbeträge als Rücklagen ausgewiesen:

	Geldvermögen	Rücklagen
31. Dezember 2000	653 921,49 DM (334 344,75 €)	519 656,48 DM (265 696,14 €)
17. Mai 2001	671 234,73 DM (343 196,87 €)	550 000,00 DM (281 210,53 €)
31. Dezember 2001	757 829,60 DM (387 472,12 €)	790 815,32 DM (404 337,45 €)

7) Drucksache 14/250.

8) Drucksache 14/497.

9) Drucksache 14/1599.

10) Drucksache 13/6451.

11) Rundungsdifferenzen durch Umrechnung Euro/Deutsche Mark.

12) Drucksache 13/6451.

13) Drucksache 13/6451.

Für Geldmittel von jeweils mehr als 100 000 DM (rund 51 130 €) war am Jahresende 2000 und zum Ende der 13. Wahlperiode ein Verwendungszweck nicht bestimmt. Zum Jahresende 2001 überstiegen die von der Fraktion ausgewiesenen Rücklagen das vorhandene Geldvermögen.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verfügte zu Beginn des Jahres 2000 über ein Geldvermögen von 333 765,76 DM¹⁴⁾ (170 651,72 €), das sich zum Ende des Jahres 2000 auf 437 738,85 DM (223 812,32 €) erhöhte. Am Ende der 13. Wahlperiode hatte die Fraktion ein Geldvermögen von 394 182,21 DM (201 542,16 €), das bis zum Ende des Jahres 2001 auf 583 442,47 DM (298 309,40 €) anstieg.

Von dem Geldvermögen¹⁵⁾ waren folgende Teilbeträge als Rücklage für Personalausgaben angelegt:

	Geldvermögen	Rücklagen
31. Dezember 2000	437 738,85 DM (223 812,32 €)	264 316,18 DM (135 142,72 €)
17. Mai 2001	394 182,21 DM (201 542,16 €)	268 828,95 DM (137 450,06 €)
31. Dezember 2001	583 442,47 DM (298 309,40 €)	276 014,71 DM (141 124,08 €)

Für Geldmittel, die sich am Jahresende 2001 auf mehr als 300 000 DM (155 000 €) beliefen, war ein Verwendungszweck nicht bestimmt.

Nach § 3 Abs. 4 Fraktionsgesetz können die Fraktionen für bestimmte Zwecke Rücklagen bilden, soweit dies unter Beachtung der Grundsätze einer sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung für größere Ausgaben erforderlich ist, die aus den Einnahmen eines laufenden Haushaltsjahres nicht finanziert werden können.

Die Höhe der Rücklagen ist gemäß § 4 Abs. 4 Fraktionsgesetz getrennt nach den in § 4 Abs. 3 Nr. 2 Fraktionsgesetz genannten Ausgabearten nachzuweisen. Beim Rechnungsabschluss ist über das insgesamt vorhandene Geldvermögen zu befinden. Die Benennung alternativer Verwendungszwecke oder die Erklärung einer gegenseitigen Deckungsfähigkeit ist nicht zulässig.

In den Rechnungen des Jahres 2003¹⁶⁾ haben die CDU- und die FDP-Fraktion sowie die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN jeweils für ihr gesamtes Geldvermögen Rücklagen ausgewiesen.

2.4 Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen

Die Fraktionen haben in den Rechnungen der Jahre 2000 und 2001 Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit von 300 155,28 DM (153 466,96 €) und für Veranstaltungen von 603 735,33 DM (308 684,97 €) ausgewiesen (Anlage 2). Für Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen sind darüber hinaus Personalausgaben angefallen, die nach den Rechnungslegungsbestimmungen des Fraktionsgesetzes im Gesamtbetrag der Personalausgaben nachgewiesen wurden.

Der Vergleich der Rechnungsergebnisse der Fraktionen in den Jahren 2000 und 2001 zeigt große Unterschiede in der Höhe der Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen. Dies ist zum Teil darauf zurückzuführen, dass Ausgaben nicht nach einheitlichen Kriterien zugeordnet wurden. Beispielsweise wurden Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen auf dem jeweils anderen Konto oder auf anderen Ausgabekonten verbucht. Bei den örtlichen Erhebungen haben die Fraktionen darauf hingewiesen, dass die Abgrenzung der Ausgaben in der täglichen Arbeit Schwierigkeiten bereite.

Durch die Veröffentlichung der Rechnungen soll die Öffentlichkeit die Möglichkeit erhalten, sich über den Umgang der Fraktionen mit den Geldleistungen zu informieren. Die Darstellung in den verschiedenen Fraktionsrechnungen sollte daher vergleichbar sein.

Der Rechnungshof hat empfohlen, Regelungen über die Zuordnung der Einnahmen und Ausgaben und deren Abgrenzung zu treffen.

Die Fraktionen haben erklärt, dass sie eine einvernehmliche Lösung anstreben.

14) Drucksache 13/6451.

15) In den Fraktionsrechnungen der Jahre 2000 und 2001 wies die Fraktion Beträge von 13 299,93 DM, 53 205,92 DM und 25 303,93 DM (6 800,15 €, 27 203,75 € und 12 937,69 €) als „Schulden“ aus.

16) Drucksache 14/3294.

3. Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit

3.1 Informationsschreiben der SPD-Fraktion

Im Auftrag der SPD-Fraktion hat ein privater Dienstleister Informationsschreiben zu bestimmten Themen hergestellt und an einen umfangreichen Adressatenkreis versendet.

Mit Brief vom 16. August 2000 wurden rund 1 450 sozialdemokratische Funktionsträger auf sog. „Fraktion vor Ort“-Veranstaltungen in fünf Landkreisen zum Thema „Umweltfreundliches Rheinland-Pfalz“ hingewiesen. Dem Brief beigelegt war eine als Argumentationspapier bezeichnete Anlage „Zehn Jahre Politik für Natur und Umwelt, Nachhaltigkeit und Ökoeffizienz“. Darin wurden in elf verschiedenen Themenbereichen (z. B. Wasserwirtschaft, Wirtschaft und Ökologie, Tierschutz, Abfallpolitik) schlagwortartig die Aktivitäten der Landesregierung und der zuständigen Ministerien aufgeführt. Das Papier enthält keinen Hinweis auf die Fraktion als Verfasser.

Mit Briefen vom 6. und 7. Februar 2001 („Gut für unser Land: Ganztagsbetreuung für unsere Kinder“) hat die Fraktion ca. sechs Wochen vor der Landtagswahl am 25. März 2001 rund 8 800 Gremien und 1 400 Personen über den beabsichtigten Ausbau eines Ganztagsangebots an Schulen und Kindergärten informiert.

Im Hinblick auf die Zweckbestimmung der Briefe bestehen Abgrenzungsschwierigkeiten zum Landesverband.

Die Fraktion hat erklärt, die unmittelbare Information von Bürgerinnen und Bürgern sowie von Personengruppen sei notwendig gewesen. Mit diesem Verfahren habe sie sowohl den Empfängerkreis als auch Art und Umfang der Informationen bestimmen können. Zwar könne sie auch Pressemitteilungen herausgeben; dabei sei allerdings nicht gewährleistet, dass die Nachrichten auch tatsächlich publiziert würden. Selbst im Falle einer Veröffentlichung sei nicht garantiert, dass der gewünschte Adressatenkreis erreicht und die nach Ansicht der Fraktion wichtigen Argumente veröffentlicht würden. Daher habe sich die Fraktion für die Direktinformation entschieden.

Nach dem Urteil des Verfassungsgerichtshofs vom 19. August 2002 muss die Öffentlichkeitsarbeit einen hinreichenden Bezug zur parlamentarischen Arbeit aufweisen und auf eine ausdrückliche, gezielte Werbung für die Partei verzichten. Die Verwendung von Fraktionsmitteln war insofern – auch in Anbetracht der zeitlichen Nähe zweier Briefe zur Landtagswahl – nicht unproblematisch.

3.2 Pressearbeit von Fraktion und Landesverband

Die Pressesprecherin der SPD-Fraktion und der Pressesprecher der CDU-Fraktion übten ihre Funktion in Personalunion auch für den jeweiligen Landesverband aus. Für den Personal- und Sachaufwand erstatteten die beiden Landesverbände den Fraktionen Pauschalbeträge. Die Fraktionen führten davon jeweils einen Teilbetrag an die Landtagsverwaltung ab für die den Landesverband betreffende Nutzung von Telekommunikationseinrichtungen.

Die anteilige Erstattung für eine gemeinsame Pressestelle muss so bemessen werden, dass eine verdeckte Parteienfinanzierung ausgeschlossen ist und ein kostendeckendes Entgelt für die den Landesverband betreffenden Aufwendungen erhoben wird. Nachvollziehbare Kostenaufteilungen, die bei gemeinsamen Aktivitäten von Fraktion und Landesverband geboten sind, lagen nicht vor. Der Rechnungshof hat daher gemeinsam mit den Fraktionen die Angemessenheit der von den Landesverbänden geleisteten Zahlungen überprüft.

Der mit dem SPD-Landesverband vereinbarte Pauschalbetrag war nicht ausreichend bemessen und wurde von der Fraktion während der Prüfung angepasst. Der vom CDU-Landesverband gezahlte Jahresbetrag war im Durchschnitt mehrerer Jahre angemessen. Über die von den Landesverbänden zu zahlenden Beträge werden auch Grenzfälle, in denen eine Zuordnung zu Fraktion oder Landesverband schwierig ist, pauschal abgegolten.

Die weitere Entwicklung sollte von den Fraktionen sorgfältig beobachtet werden, damit erforderliche Anpassungen rechtzeitig vorgenommen werden können.

3.3 Vordrucke für den Pressedienst von Fraktion und Landesverband

SPD-Fraktion und SPD-Landesverband sowie CDU-Fraktion und CDU-Landesverband gaben ihren Pressedienst jeweils gemeinsam heraus. Für alle Pressemitteilungen wurde ein identisches Vordruckmuster verwendet.

Eine eindeutige, auch für Außenstehende erkennbare Unterscheidung zwischen Presseveröffentlichungen der Fraktion und des Landesverbands war nicht möglich.

Eine Zuordnung der Pressemitteilungen zur Fraktion oder zum Landesverband ist erforderlich. Sofern sich die Urheberschaft nicht unmittelbar aus der Veröffentlichung ergibt, sollte sie zumindest in den internen Abrechnungsunterlagen für die Kostenverteilung festgehalten werden.

Die SPD-Fraktion hat darauf hingewiesen, dass sie Pressemitteilungen im Prüfungszeitraum nur noch vereinzelt auf Papier herausgegeben habe. Größtenteils seien die Pressemitteilungen den Pressevertretern und sonstigen Personen per E-Mail zugegangen. Darüber hinaus stellten sowohl Fraktion als auch Landesverband ihre jeweiligen Pressemitteilungen im Internet zur Verfügung.

Die Fraktionen haben zugesagt, künftig entsprechend zu verfahren und intern eine nachvollziehbare Zuordnung der Pressemitteilungen zur Fraktion oder zum Landesverband vorzunehmen. Die CDU-Fraktion hat ergänzend darauf hingewiesen, dass eine eindeutige Zuordnung der Pressemitteilungen teilweise schwierig sei¹⁷⁾.

3.4 Gemeinsame Publikationen von Fraktion und Landesverband

SPD- und CDU-Fraktion gaben gemeinsam mit ihren jeweiligen Landesverbänden Publikationen, z. B. als Landesbeilagen zu Zeitschriften, heraus („Wir in Rheinland-Pfalz“ als Beilage zur Zeitschrift „Vorwärts“ sowie „Union in Rheinland-Pfalz“ als Beilage von „Union in Deutschland“ und die Landesbeilage der Zeitschrift „WIR“). Die von den Fraktionen zu tragenden finanziellen Anteile an den Gesamtkosten wurden durch Vereinbarungen zwischen den Fraktionen und den Landesverbänden geregelt.

Eine überschlägige Erfassung der Fraktionsveröffentlichungen in „Wir in Rheinland-Pfalz“ – Ausgaben von Januar 2000 bis Dezember 2001 – weist darauf hin, dass die Veröffentlichungen den vereinbarten Anteil von einem Viertel am Gesamtumfang nicht erreicht haben. Im Ergebnis könnte das dazu geführt haben, dass Veröffentlichungen der Partei von der Fraktion mitfinanziert worden sind.

Die SPD-Fraktion hat darauf hingewiesen, dass die Anteile von Fraktion und Landesverband an den Veröffentlichungen Schwankungen unterlägen. Der Fraktionsanteil könne insbesondere in Wahljahren geringer als in den übrigen Jahren sein. Die Fraktion werde deshalb eine Auswertung über einen längeren Zeitraum vornehmen, um zu einer sachgerechten Kostenaufteilung zu gelangen. Darüber hinaus sei es denkbar, dass die Fraktion ihren Anteil an der Landesbeilage ausweiten werde.

CDU-Fraktion und CDU-Landesverband hatten vereinbart, dass sie die Kosten für Satz und Layout der beiden inzwischen eingestellten Publikationen jeweils hälftig tragen. Gleichwohl wurden die gesamten Kosten der Fraktion in Rechnung gestellt. Der Landesverband hat noch während der Prüfung seinen Anteil erstattet.

Der Rechnungshof hat darauf hingewiesen, dass bei der gemeinsamen Herausgabe von Publikationen der Verteilung der anfallenden Kosten eine besondere Bedeutung zukommt. Um eine verdeckte Parteienfinanzierung auszuschließen, sind die Kosten verursachungsgerecht und nachvollziehbar aufzuteilen. Der vereinbarte Verteilungsschlüssel ist in regelmäßigen Abständen zu überprüfen.

Die Fraktionen wollen dies beachten.

3.5 Pressemitteilungen der Fraktionen

Die SPD-Fraktion und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben im Prüfungszeitraum Pressemitteilungen herausgegeben, bei denen Zweifel bestehen, ob

- nach dem objektiven Erklärungsinhalt der erforderliche Fraktionsbezug gegeben ist,
- die Verwendung von Fraktionsmitteln für diesen Zweck im Einklang steht mit den Vorgaben des Fraktionsgesetzes.

Die Pressemitteilungen enthielten Berichte über die Landesverbände der CDU und FDP und deren Vorsitzende. In weiteren Pressemitteilungen wurden bei Parteien übliche werbende Aussagen im Blick auf anstehende Wahlen getroffen.

Die Verwendung von staatlichen Geldleistungen für die Öffentlichkeitsarbeit ist nur eingeschränkt zulässig, wie auch der Verfassungsgerichtshof mit Urteil vom 19. August 2002 hervorgehoben hat. Insbesondere ist es nach § 2 Abs. 1 Satz 2 Fraktionsgesetz unzulässig, Fraktionsgelder für Parteiaufgaben zu verwenden. Eine weitere Einschränkung ergibt sich aus § 1 Abs. 2 Satz 2 Nr. 5 Fraktionsgesetz; danach gehört zu dem staatsfinanzierten Aufgabenbereich der Fraktionen nur eine solche Öffentlichkeitsarbeit, die in der Unterrichtung über die parlamentarische Arbeit besteht. Kennzeichen einer solchen Öffentlichkeitsarbeit ist die Information über vergangene, gegenwärtige oder bevorstehende Tätigkeiten einer Fraktion. Die Pressearbeit von Fraktionen darf sich daher nach Ansicht des Rechnungshofs nicht vorrangig gegen andere Parteien und deren handelnde Personen richten und diese in den Mittelpunkt der Pressearbeit stellen.

In den angeführten Fällen ist eine trennscharfe Abgrenzung zwischen Fraktions- und Parteiaufgaben schwierig. Nach den Ausführungen in dem Urteil des Verfassungsgerichtshofs vom 19. August 2002 darf dies jedoch nicht dazu verleiten, auf die geforderte Grenzziehung gänzlich zu verzichten. In diesen Fällen kann ein Ausgleich der zusätzlichen Kosten der Fraktion durch eine pauschale Abgeltung in Frage kommen, um eine zweckwidrige Verwendung von Fraktionsmitteln auszuschließen.

17) Vgl. hierzu die Ausführungen in Nr. 3.2.

Eine pauschale Abgeltung der Kosten für Grenzfälle wurde in die Kostenerstattung für die gemeinsame Pressesprecherin von SPD-Fraktion und SPD-Landesverband durch den Landesverband einbezogen¹⁸⁾. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat vom Landesverband¹⁹⁾ zur Abgeltung ihrer Aufwendungen einen Pauschalbetrag von 300 € erhalten.

3.6 Veröffentlichungen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den GARRP-Mitgliederrundbriefen „FORUM KOMMUNAL“

In vier Ausgaben des Mitgliederrundbriefs „FORUM KOMMUNAL“ der kommunalpolitischen Vereinigung „GRÜNE/Alternative in den Räten von Rheinland-Pfalz e. V.“ (GARRP) veröffentlichte die Fraktion im Prüfungszeitraum Informationen über ihre Arbeit.

Die GARRP berechnete – auf der Basis der ihr entstandenen Gesamtkosten – den Kostenanteil der Fraktion nach dem Seitenumfang der Fraktionsmitteilungen. Ein Nachweis der Gesamtkosten wurde von der GARRP nicht geführt.

Die Fraktion hat zugesagt, die Abrechnung der GARRP werde um den notwendigen Nachweis der Gesamtkosten ergänzt.

3.7 Präsentation der CDU-Fraktion im Internet

Der CDU-Fraktion entstanden Kosten für Rechte an Internet-Namen für je zwei Schreibweisen der Namen des Vorsitzenden einer anderen Fraktion und des Pressesprechers der Landesregierung. Diese Adressen verwiesen auf die gemeinsame Homepage der CDU-Fraktion und des CDU-Landesverbands.

Die Kosten wurden der Fraktion erstattet.

3.8 Anzeigen in Zeitschriften

Eine Anzeige der CDU-Fraktion zum Thema Weinbau bot sachliche Informationen und ließ die Fraktion als Verfasser erkennen. Der Text war dagegen so abgefasst, als handle es sich um eine Anzeige der Partei. In einer von der FDP-Fraktion veröffentlichten Anzeige – Angebote zur Energieeinsparung nutzen – wurde auf die Fördermöglichkeiten durch das „liberal geführte Wirtschaftsministerium“ aufmerksam gemacht. Einen Hinweis auf die parlamentarische Arbeit der Fraktion enthielt die Anzeige nicht.

Zur Öffentlichkeitsarbeit ist in § 1 Abs. 2 Nr. 5 Fraktionsgesetz bestimmt, dass es u. a. zu den Aufgaben der Fraktion gehört, die Öffentlichkeit über ihre parlamentarische Arbeit zu unterrichten.

Bei der Beurteilung der Frage, ob eine Veröffentlichung diese Voraussetzung erfüllt, kommt es auf den objektiven Erklärungsinhalt an. Es reicht nicht aus, lediglich die Fraktion als Verfasser zu nennen. Vielmehr muss sich aus dem Inhalt der Publikation ein eindeutiger Bezug zur Fraktionsarbeit ergeben.

Die Fraktionen haben zugesagt, in Zukunft darauf zu achten.

3.9 Beschaffung von Wahlprogrammen

Die FDP-Fraktion erwarb beim FDP-Landesverband insgesamt 220 Wahlprogramme, die nach Angaben der Fraktion für ihren Eigenbedarf und für die Information von Bürgern verwendet worden seien, die sich an die Fraktion gewandt hätten.

Die Weitergabe von Wahlprogrammen an Dritte gehört nicht zu den Aufgaben einer Fraktion und ist als Wahlwerbung anzusehen. In den mit allen Fraktionen abgestimmten Abgrenzungskriterien für die Öffentlichkeitsarbeit ist festgehalten, dass die Wahlwerbung nicht Teil der auf die Koordination der parlamentarischen Tätigkeit und die Erfüllung der Aufgaben des Landtags bezogenen Tätigkeit der Fraktionen ist; sie ist vielmehr der Partei zugeordnet.

Es ist sicherzustellen, dass auf Kosten der Fraktion nur so viele Wahlprogramme erworben werden, wie diese für den eigenen Bedarf benötigt.

3.10 Bewirtungskosten

Rechnungsunterlagen der SPD- und der CDU-Fraktion über Restaurantbesuche enthielten in mehreren Fällen weder Angaben zum Anlass der Bewirtung noch darüber, ob und ggf. welche Gäste bewirtet worden waren. Vereinzelt war in den Rechnungen nur ein nicht weiter aufgeschlüsselter Betrag für Speisen und Getränke ausgewiesen.

¹⁸⁾ Vgl. hierzu die Ausführungen in Nr. 3.2.

¹⁹⁾ Fraktion und Landesverband von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben jeweils eigene Pressestellen.

An die Nachweise sind grundsätzlich die gleichen Anforderungen zu stellen, wie sie für die steuerliche Absetzbarkeit von Bewirtungsaufwendungen gelten. Sollte es zur Wahrung der gebotenen Vertraulichkeit notwendig sein, kann in Ausnahmefällen auf die Namensnennung verzichtet werden, sofern die Anzahl der bewirteten Personen festgehalten wird.

Die Fraktionen wollen künftig die erforderlichen Nachweise führen.

3.11 Personalausgaben für einen Bediensteten des SPD-Landesverbands

Ein Bediensteter des SPD-Landesverbands war vom 1. April 1999 bis 30. September 2000 und vom 1. April 2001 bis 31. Mai 2002 zu einem Drittel seiner regelmäßigen Arbeitszeit für die SPD-Fraktion tätig. Den vereinbarten Zahlungen der Fraktion an den Landesverband wurden die anteiligen Personalkosten zugrunde gelegt. Für die Zeit vom 1. Oktober 2000 bis 31. März 2001 wurde die Vereinbarung geändert und für Tätigkeiten im Umfang von 150 Stunden ein Pauschalbetrag vereinbart, der die anteiligen Personalkosten überstieg.

Die Fraktion hat im April 2003 mitgeteilt, dass sie nach Vorlage der Gesamtpersonalkostenübersicht des Bediensteten eine Neuberechnung durchgeführt habe. Dabei habe sich eine Überzahlung ergeben, die der Landesverband erstattet habe.

4. Ausgaben für Veranstaltungen

4.1 Kreisbereisungen

Im Rahmen der Veranstaltungsreihen „Fraktion vor Ort“ und „Unterwegs im Landkreis ...“ führten die SPD-Fraktion und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den Jahren 2000 und 2001 mehrere Kreisbereisungen durch. An den Veranstaltungen nahmen auch örtliche Vertreter der Partei, Wahlkreisandidaten oder Kandidaten für Landrats- und Bürgermeisterwahlen teil.

Mit den Veranstaltungen konnte die Öffentlichkeitsarbeit der Fraktion mit der Öffentlichkeitsarbeit der Partei und der Kandidaten verbunden werden.

Die Fraktionen haben vorgebracht, sie seien in erster Linie darauf bedacht, von ihnen als wichtig angesehene Themen mit Bezug zur Fraktionsarbeit zum Inhalt der Veranstaltungen zu machen. Die Veranstaltungen seien kein Forum für die parteipolitische Darstellung. Die Teilnahme von Parteivertretern und örtlichen Funktionsträgern sei wichtig, da die Fraktionen auf diese Weise für ihre Arbeit erforderliche Informationen aus erster Hand erhalten könnten.

Bei der Öffentlichkeitsarbeit der Fraktion ist sicherzustellen, dass sie einen hinreichenden Bezug zur parlamentarischen Arbeit aufweist und auf eine ausdrückliche, gezielte Werbung für die Partei und deren Personal verzichtet. Dies verlangt sowohl eine Zurückhaltung in der Art der Präsentation als auch eine Mäßigung in der Zeit von Wahlkämpfen (Urteil des Verfassungsgerichtshofs vom 19. August 2002).

4.2 Öffentliche Fraktionsveranstaltungen

Die SPD-Fraktion und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN führten in einem Zeitraum von etwa zwei Monaten vor der Landtagswahl öffentliche Fraktionsveranstaltungen durch. Bei mehreren Terminen waren die Themen „Ehrenamt“ und „Umweltpolitik“ Gegenstand der Veranstaltungen.

Die Öffentlichkeitsarbeit in der Vorwahlzeit muss in besonderem Maße einen Bezug zur aktuellen parlamentarischen Arbeit aufweisen und darf nicht auf Wahlwerbung für die Partei ausgerichtet sein.

Die Fraktionen haben erklärt, bei den betreffenden Veranstaltungen seien Fraktionsthemen behandelt und Informationen für die Fraktionsarbeit eingeholt worden. Der Aktualität bestimmter Politikbereiche könne sich die Fraktion auch in Vorwahlzeiten nicht entziehen.

Durch eine Intensivierung der Fraktionsaktivitäten in der Vorwahlzeit darf die Grenze zur Wahlwerbung nicht überschritten werden. Auch im Hinblick auf die gebotene Chancengleichheit der Parteien bei Wahlen ist in Zweifelsfällen eine Finanzierung mit Fraktionsmitteln in der Vorwahlzeit besonders problematisch. Sie erfordert eine Begründung, die eine eindeutige Zuordnung erlaubt.

Die Einladungen für zwei Veranstaltungen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hatten neben Abgeordneten und Fraktionsmitarbeitern auch ein Mitglied des Landesvorstands der Partei und eine Wahlkreismitarbeiterin unterzeichnet. Infolgedessen war bei beiden Veranstaltungen ein ausschließlicher Fraktionsbezug nicht zu erkennen.

Die Fraktion hat für beide Veranstaltungen den ausschließlichen Fraktionsbezug dargelegt.

Sind mit der Vorbereitung und Durchführung derartiger Veranstaltungen neben Mitgliedern und Bediensteten der Fraktion auch andere Personen befasst, müssen Einladungen zu Veranstaltungen der Fraktion künftig entsprechend eindeutig formuliert werden.

Die Fraktion hat dies zugesagt.

4.3 Auswärtige Sitzungen, Fraktionsreise

SPD- und CDU-Fraktion führten mehrtägige Sitzungen außerhalb von Mainz durch, z. B. Klausurtagungen sowie Fraktions- und Arbeitskreissitzungen. Die CDU-Fraktion organisierte eine Reise zur Weltausstellung Expo 2000 in Hannover. Die Reise Teilnehmer, darunter auch solche, die nicht der Fraktion angehörten, beteiligten sich mit einem geringen Anteil an den Kosten.

Erhebliche Aufwendungen entstanden für die Bewirtung der Teilnehmer, teilweise auch für touristische Veranstaltungsteile.

Die finanziellen Belastungen der Fraktionen durch die auswärtigen Sitzungen waren verhältnismäßig hoch. Der Rechnungshof hat auf die Beachtung der Grundsätze der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit (§ 3 Abs. 1 Fraktionsgesetz) hingewiesen. Dies schließt auch die Möglichkeit einer Kostenbeteiligung der Teilnehmer ein.

Der Einsatz von Fraktionsmitteln für eine Reise, die nach Angabe der CDU-Fraktion keinen unmittelbaren Niederschlag in der Arbeit der Fraktion gefunden hat, ist problematisch. Bei Reisen, bei denen eine allgemeine Information im Vordergrund steht, ist in besonderem Maße darauf zu achten, dass die Kosten hierfür in engen Grenzen gehalten werden. Eine angemessene Beteiligung der Teilnehmer an den Kosten ist in diesen Fällen geboten. Für Teilnehmer, die nicht Mitglied oder Mitarbeiter der Fraktion sind, dürfen Kosten nur insoweit übernommen werden, als eine fraktionsbezogene Notwendigkeit für die Teilnahme nachgewiesen ist.

Beide Fraktionen haben zugesagt, künftig entsprechend zu verfahren.

4.4 Veranstaltungen der Fraktionen

Die CDU-Fraktion veranstaltete im Prüfungszeitraum jeweils kurz vor Fastnacht einen Empfang, zu dem vorwiegend Vertreter von Karnevalsgesellschaften eingeladen wurden. Die Verwendung von Fraktionsmitteln für den Empfang ist nicht unproblematisch, da die Veranstaltung auch der reinen Sympathiewerbung dienen kann, ohne dass ein sachlicher Bezug zur Arbeit der Fraktion im Parlament besteht.

Die Fraktion hat die Auffassung vertreten, dass der Empfang der Brauchtumpflege und auch dem Meinungsaustausch mit den Beteiligten diene. Nach der Erörterung des Sachverhalts hat der CDU-Landesverband die Kosten der Veranstaltung zur Hälfte übernommen.

Die Vorsitzende der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lud zu einem Politischen Aschermittwoch am 28. Februar 2001 ein. Im Vorfeld der Veranstaltung sollte ein Bundesminister als Gast in der Fraktion begrüßt werden und im Anschluss daran an einem Fototermin beim Fastnachtsbrunnen teilnehmen. Weiterhin wurde in der Einladung darauf hingewiesen, dass der Minister und die Fraktionsvorsitzende am Politischen Aschermittwoch teilnehmen werden.

Die Fraktion hat dazu bemerkt, dass es sich bei dem Empfang und dem Politischen Aschermittwoch um zwei eigenständige Veranstaltungen gehandelt habe. Nur der Politische Aschermittwoch sei eine Veranstaltung der Partei gewesen.

Veranstaltungen der Fraktion sind sowohl in der Einladung als auch in der Ausführung und Finanzierung in ausreichendem Maße von solchen der Partei abzugrenzen.

Die Fraktion hat zugesagt, künftig entsprechend zu verfahren.

4.5 Teilnahme an Veranstaltungen

Die für die Teilnahme der gemeinsamen Pressesprecherin von SPD-Fraktion und SPD-Landesverband an einem Treffen der SPD-Pressesprecher entstandenen Reisekosten wurden von der Fraktion und dem Landesverband jeweils zur Hälfte getragen. Nach der Einladung und den vorgesehenen Besprechungsthemen war ein Fraktionsbezug nicht offenkundig ersichtlich. Das galt auch für die Teilnahme von Abgeordneten an Veranstaltungen von Vereinen, Verbänden und anderen Einrichtungen, für die Reisekosten von der SPD-Fraktion erstattet wurden.

Die Fraktion will den Fraktionsbezug, soweit er nicht offenkundig ist, künftig darlegen.

4.6 Organisatorisches

Der SPD-Fraktion und der CDU-Fraktion wurden Miet- und Bewirtungskosten für Veranstaltungen berechnet. Vor der Zahlung der geforderten Beträge wurde nicht geprüft, ob die Fraktionen selbst, die Landesverbände oder Parteigliederungen Veranstalter und insoweit ganz oder teilweise zur Zahlung verpflichtet waren. Beide Fraktionen haben inzwischen die Beträge von den Veranstaltern gefordert und die Zahlungseingänge bestätigt.

Durch organisatorische Maßnahmen ist sicherzustellen, dass Ansprüche der Fraktion rechtzeitig geltend gemacht und nur die sie betreffenden Rechnungen beglichen werden.

4.7 Veranstaltungen am Wahlabend

Zu den Gepflogenheiten eines Wahlabends gehört, dass Partei- und Fraktionsvertreter nach Schließung der Wahllokale für die Medien zur Verfügung stehen. Für diesen Zweck wurden am Abend der Landtagswahl 2001 die Fraktionsräume genutzt. Dabei entstanden insbesondere Kosten für die Bewirtung von Gästen und Journalisten.

Von den Kosten trug der SPD-Landesverband etwa 18 % und der Landesverband von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 70 %. Die Landesverbände der CDU und der FDP beteiligten sich nicht an den Kosten. Im Laufe der Prüfung haben die SPD-, CDU- und FDP-Landesverbände jeweils die Hälfte der Kosten für die Veranstaltungen am Wahlabend übernommen.

Die Mitwirkung an der politischen Willensbildung obliegt nach Artikel 21 des Grundgesetzes den Parteien. Sie beteiligen sich u. a. durch Aufstellung von Kandidaten für Wahlen in Bund, Ländern und Gemeinden (§ 1 Abs. 2 Parteiengesetz).

Demgegenüber wirken die Fraktionen gemäß Artikel 85 a Abs. 2 der Verfassung in Verbindung mit dem Fraktionsgesetz an der Erfüllung der Aufgaben des Landtags mit. Diese Aufgaben sind in § 1 Abs. 2 Fraktionsgesetz beispielhaft aufgeführt. Hierzu gehört u. a., dass die Fraktion die Öffentlichkeit über ihre parlamentarische Arbeit unterrichtet.

Die Öffentlichkeit erwartet, dass die Fraktion zum Wahlergebnis und zu den Konsequenzen für die parlamentarische Arbeit in der kommenden Wahlperiode Stellung nimmt. In diesem Sinne sind derartige Veranstaltungen am Wahlabend zu einem festen Bestandteil des parlamentarischen politischen Lebens geworden. Insoweit wird eine Mitfinanzierung dieser Veranstaltungen aus Fraktionsmitteln als vertretbar angesehen, sofern die Kosten unter Beachtung der Grundsätze der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit (§ 3 Abs. 1 Fraktionsgesetz) eine angemessene Höhe nicht übersteigen.

Speyer, 12. Januar 2005

Rechnungshof
Rheinland-Pfalz

Volker Hartloff
Präsident

Anlage 1

Rechnungslegung der Fraktionen in den Jahren 2000 und 2001

SPD-Fraktion

	2000	2001 13. Wahlperiode	2001 14. Wahlperiode ¹⁾	2001 Summe
Einnahmen ²⁾	2 650 082,94 DM (1 354 965,89 €)	827 343,84 DM (423 014,19 €)	1 811 456,22 DM (926 182,86 €)	2 638 800,07 DM (1 349 197,05 €)
Ausgaben ²⁾	2 786 483,15 DM (1 424 706,21 €)	1 045 330,41 DM (534 468,95 €)	1 527 238,37 DM (780 864,58 €)	2 572 568,78 DM (1 315 333,53 €)
Überschuss (+)/ Fehlbetrag (-)	- 136 400,21 DM (- 69 740,32 €)	- 217 986,56 DM (- 111 454,76 €)	+ 284 217,85 DM (+ 145 318,28 €)	+ 66 231,29 DM (+ 33 863,52 €)

CDU-Fraktion

	2000	2001 13. Wahlperiode	2001 14. Wahlperiode	2001 Summe
Einnahmen	2 745 481,91 DM (1 403 742,61 €)	920 225,75 DM (470 503,95 €)	1 979 507,33 DM (1 012 106,03 €)	2 899 733,08 DM (1 482 609,98 €)
Ausgaben	2 694 516,18 DM (1 377 684,25 €)	994 299,54 DM (508 377,28 €)	1 596 485,77 DM (816 270,21 €)	2 590 785,31 DM (1 324 647,49 €)
Überschuss (+)/ Fehlbetrag (-)	+ 50 965,73 DM (+ 26 058,36 €)	- 74 073,79 DM (- 37 873,33 €)	+ 383 021,56 DM (+ 195 835,81 €)	+ 308 947,77 DM (+ 157 962,49 €)

FDP-Fraktion

	2000	2001 13. Wahlperiode	2001 14. Wahlperiode	2001 Summe
Einnahmen	1 343 878,70 DM (687 114,27 €)	448 745,13 DM (229 439,74 €)	900 215,45 DM (460 272,85 €)	1 348 960,58 DM (689 712,59 €)
Ausgaben	1 270 126,62 DM (649 405,43 €)	431 431,89 DM (220 587,62 €)	813 620,58 DM (415 997,60 €)	1 245 052,47 DM (636 585,22 €)
Überschuss (+)	+ 73 752,08 DM (+ 37 708,84 €)	+ 17 313,24 DM (+ 8 852,12 €)	+ 86 594,87 DM (+ 44 275,25 €)	+ 103 908,11 DM (+ 53 127,37 €)

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

	2000	2001 13. Wahlperiode	2001 14. Wahlperiode	2001 Summe
Einnahmen	1 330 874,52 DM (680 465,34 €)	444 591,13 DM (227 315,84 €)	899 708,32 DM (460 013,56 €)	1 344 299,45 DM (687 329,40 €)
Ausgaben	1 226 901,43 DM (627 304,74 €)	488 147,77 DM (249 585,99 €)	710 448,06 DM (363 246,33 €)	1 198 595,83 DM (612 832,32 €)
Überschuss (+)/ Fehlbetrag (-)	+ 103 973,09 DM (+ 53 160,60 €)	- 43 556,64 DM (- 22 270,15 €)	+ 189 260,26 DM (+ 96 767,23 €)	+ 145 703,62 DM (+ 74 497,08 €)

1) Die Ergebnisse für die Zeit vom 18. Mai bis 31. Dezember 2001 (Beginn der 14. Wahlperiode) wurden auf der Grundlage der Rechnungsergebnisse für das gesamte Jahr 2001 (Drucksache 14/1599) und für das Ende der 13. Wahlperiode (Drucksache 14/497) ermittelt.

2) Rundungsdifferenzen durch Umrechnung Euro/Deutsche Mark.

Anlage 2

Ausgaben der Fraktionen für Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen
in den Jahren 2000 und 2001

SPD-Fraktion

	2000	2001 13. Wahlperiode	2001 14. Wahlperiode ¹⁾	2001 Summe
Öffentlichkeitsarbeit	203,00 DM (103,79 €)	0,00 DM (0,00 €)	974,39 DM (498,20 €)	974,39 DM (498,20 €)
Veranstaltungen	217 651,24 DM (111 283,31 €)	43 438,61 DM (22 209,81 €)	36 839,74 DM (18 835,86 €)	80 278,35 DM (41 045,67 €)

CDU-Fraktion

	2000	2001 13. Wahlperiode	2001 14. Wahlperiode	2001 Summe
Öffentlichkeitsarbeit	93 525,13 DM (47 818,64 €)	42 988,91 DM (21 979,88 €)	28 829,02 DM (14 740,04 €)	71 817,93 DM (36 719,92 €)
Veranstaltungen	129 322,11 DM (66 121,34 €)	26 674,63 DM (13 638,52 €)	37 713,58 DM (19 282,65 €)	64 388,21 DM (32 921,17 €)

FDP-Fraktion

	2000	2001 13. Wahlperiode	2001 14. Wahlperiode	2001 Summe
Öffentlichkeitsarbeit	79 026,62 DM (40 405,67 €)	9 084,03 DM (4 644,59 €)	23 871,30 DM (12 205,20 €)	32 955,33 DM (16 849,79 €)
Veranstaltungen	42 700,78 DM (21 832,56 €)	9 168,65 DM (4 687,86 €)	33 955,10 DM (17 360,97 €)	43 123,75 DM (22 048,83 €)

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

	2000	2001 13. Wahlperiode	2001 14. Wahlperiode	2001 Summe
Öffentlichkeitsarbeit	16 557,28 DM (8 465,60 €)	391,01 DM (199,92 €)	4 704,59 DM (2 405,42 €)	5 095,60 DM (2 605,34 €)
Veranstaltungen	10 190,93 DM (5 210,54 €)	6 768,02 DM (3 460,43 €)	9 311,94 DM (4 761,12 €)	16 079,96 DM (8 221,55 €)

1) Die Ergebnisse für die Zeit vom 18. Mai bis 31. Dezember 2001 (Beginn der 14. Wahlperiode) wurden auf der Grundlage der Rechnungsergebnisse für das gesamte Jahr 2001 (Drucksache 14/1599) und für das Ende der 13. Wahlperiode (Drucksache 14/497) ermittelt.